

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 3 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuslag.

# Briefetal-Bote

Ausgaben werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen deutschen Expeditionen angenommen. Die Jahresgebühren Postfreie kostet 6 Pfennig, die Reflektierte 75 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehmitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5  
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.  
Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 4. Postfach-Konto: Berlin 62448 Dienstag, den 6. Januar 1925 Postfach-Konto Berlin 69448. 24. Jahrg.

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

**Sitzungseinladung.**  
Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung zu einer Sitzung am **Donnerstag, den 8. Januar 1925, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses** hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenden an die gefassten Beschlüsse gebunden sind.

- Tagesordnung:**
1. Friedhofsfrage.
  2. Generalbebauungsplan.
  3. Zustimmung zu Verträgen.
  4. Haushaltsvoranschlag 1924.
- Birkenwerder, den 5. Januar 1925.  
Der stellv. Gemeindevorsteher. Daubert.

### Der Amtsvorsteher Schönfließ.

**Viehweidenpolizeiliche Anordnung.**  
Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund der §§ 18 ff. des Viehweidengesetzes vom 28. Juni 1909 (Reichsgesetzblatt 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten folgendes bestimmt:  
Infolge Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche wird je ein Sperrebezirk gebildet aus dem Gemeindebezirk Schönfließ, sowie dem Gemeinde- und Gutsbezirk Schönfließ. Im Bereich dieser Sperrebezirke gelten die §§ 182 bis 184 der Viehweidengesetzlichen Anordnung vom 1. Mai 1912 aufgeführten Schutzmaßregeln.  
Zu den Sperrebezirken gehören die angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafvorschriften der §§ 74-76 des Viehweidengesetzes vom 28. Juni 1909.  
Berlin, den 28. Dezember 1924.  
Der Landrat.

Veröffentlicht: Bergfelde, den 5. Januar 1925.  
Der Amtsvorsteher. Vors.

### Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

**Kirchensteuer 1924.**  
Die Kirchensteuer-Behelfe für 1924 liegt in der Zeit vom 5.-10. Januar 1925 zur Einsicht der Steuerpflichtigen im Gemeindebüro aus. Einsprüche gegen die Festsetzung zur Kirchensteuer sind bis zum 10. Februar 1925 bei mir oder Herrn Pfarrer Kleins, Birkenwerder, geltend zu machen.  
Die Steuer ist in der Zeit vom 5.-10. Januar bei der hiesigen Gemeindekasse einzubahlen. Bei Nichtzahlung muß zwangsweise Zwangsabgaben erfolgen. Bei den Steuerpflichtigen, die 1924 Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer geleistet haben, wird die Kirchensteuer nach Abschluß der Einkommensteuerordnung 1924 festgesetzt. Diese Steuerpflichtigen haben Vorauszahlungen in Höhe von 10 Prozent der Einkommensteuervorauszahlungen in obiger Zeit zu entrichten.  
Bergfelde, den 5. Januar 1925.  
Der Gemeindevorsteher. Czekowski.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Nachdem die in der Subertus-Allee umschiffen abgeladenen Müll- und Schuttberge beseitigt waren, ist diese Straßensfläche abermals in gleicher Weise verschandelt worden. Durch den widerlichen Anblick, welchen derartige Unsauberheiten auch an anderen Orten hervorrufen, sind dauernd ein öffentliches Vergnügen erragt.  
Die Gemeindekasse zahlt den Personen, welche die Täter dieser Übertretungen weißwäscher zur Bestrafung namhaft machen, für jeden derartigen Fall eine Belohnung von 20 Mark.  
Borgsdorf, den 3. Januar 1925.  
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

### Was gibt es Neues.

- Vom 10. Januar ab gehört das Saargebiet in vollpolitischer Hinsicht zu Frankreich.
- Reichstanzler Marx verhandelt mit den Parteienführern erneut über die Frage der Kabinettsbildung.
- Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages hielt Dr. Stresemann eine längere Rede.
- Die Pariser Finanzministerkonferenz wird erst am 7. Januar eröffnet werden.
- Gegen drei Führer der norwegischen Kommunisten wurde Anklage wegen Aufruhrs und Hochverrats erhoben.
- Der polnische Ministerpräsident verhandelte mit dem amerikanischen Gesandten wegen einer Anleihe.

### Marx erneut beauftragt.

Nach den Besprechungen mit den Führern der Reichstagsfraktionen hat der Reichstanzler dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Aussprache Bericht erstattet. Da nach der von den Fraktionen eingenommenen Haltung die Bildung einer auf parlamentarischer Wehrberühenden Regierung nicht möglich ist, hat der Reichspräsident den Reichstanzler Marx beauftragt, eine dieser parlamentarischen Wege Rechnung tragende Reichsregierung zu bilden. Reichstanzler Marx hat den Auftrag angenommen.

wie man aus dieser amtlichen Mitteilung ergibt, hatten auch die rein formalen Besprechungen des Kanzlers mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten keine Klärung der Lage herbeiführen können. Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, schreibt zu dieser Wendung der Dinge:

Das Ende vom Liede wird also die Bildung eines überparteilichen Kabinetts sein. Freilich unterscheidet sich dieses Kabinetts von reinen Geschäftsministerien der üblichen Art dadurch, daß es die Hauptträger der bisherigen Politik wieder übernimmt. Wir werden es also mit einer Regierung zu tun haben, die ihrer Vorgängerin wechselläufig ist. Die neuen Männer, die vermutlich politisch weniger abgefeimelt sein werden, dürfen an diesem Charakter nichts ändern.

### Die gestrigen Besprechungen.

Nachdem Reichstanzler Marx die eingeleiteten Besprechungen mit den Parteiführern durch Empfang des Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leisch, und Professor Bredt von der Fraktion der Wirtschaftspartei abgeschlossen hatte, unternahm er noch im Laufe des gestrigen Abends den Versuch einer Fühlungnahme mit anderen Persönlichkeiten, um sie für das nunmehr in Aussicht genommene überparteiliche Reichskabinetts zu gewinnen. Zunächst empfing Herr Marx zwei der Deutschnationalen Volkspartei nahestehende Persönlichkeiten, den Ministerialdirektor a. D. Neuhaus, dem das Wirtschaftsministerium, und den Vizepräsidenten a. Rtes, dem das Innenministerium angeboten worden ist. Die Genannten haben sich ihre Entscheidung bis heute vorbehalten.

### Christlicher Weber verhaftet.

Dem Kriminaloberinspektor Vorwert ist es Sonntag mittag gelungen, den berüchtigten Christlicher Weber in Verhaftung zu bringen. Er hatte am Sonntag vor Weihnachten gelungen, aus der Unterfängelschloß zu entfliehen. Es war ihm auf Antrag seines Rechtsanwalts die Erlaubnis erteilt worden, seine Geschäftsräume in der Gneisenstraße aufzusuchen, um dort Dispositionen zu treffen. Er hatte die beiden begleitenden Beamten benommen, ihn seine Wohnung in Lichterfelde aufsuchen zu lassen, was ihm auch gelang. Er hatte die beiden begleitenden Beamten benommen, ihn seine Wohnung in Lichterfelde aufsuchen zu lassen, was ihm auch gelang. Er hatte die beiden begleitenden Beamten benommen, ihn seine Wohnung in Lichterfelde aufsuchen zu lassen, was ihm auch gelang.

### Was geht in Rußland vor?

München, den 4. Januar. Die „Mündener Neuesten Nachrichten“ berichten unter dem Titel „Was geht vor?“ Wünsche und Pläne zum Sturz der Sowjets im Anschluß an die Belgrader Meldung von einer neuerlichen Mobilisierung der Reste der Brongel-Armee auf dem Balkan, Mitteilungen, die geeignet sind, Besorgungen zu den Kreisen und den ehemaligen Großfürsten Kyryll sowie aus anderen Kreise schöpft. Nach seiner Darstellung planen die sowjetischen Russen derzeit wieder ein offensives Vorgehen gegen Moskau. Die Initiative läge dabei in den Pariser Emigrantenkreisen um den ehemaligen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und Salonow, hinter denen wieder die französischen Nationalisten und Millerand ständen.

### Ein Vorstoß Mussolinis.

Mussolini hielt in der italienischen Kammer eine äußerst temperamentvolle Rede, in der er sich scharf gegen die Opposition wandte und verfechtete Drohungen aussprach. Zuerst verteidigte sich Mussolini gegenüber gewissen Anschuldigungen, als habe er die Gewalttätigkeiten gegen Amendola, Misuri und Forni angeordnet, und ging alsdann zum Angriff gegen die Opposition über, der er vorwärts, die Hand zum Frieden ausgeschlagen zu haben; er machte die Opposition für die Unruhe im Lande verantwortlich, der bisher schon eine Reihe Faschisten zum Opfer gefallen seien. Der Hinweis auf falsche Freunde, die er in der letzten Zeit durchgegangen gelernt habe, wurde in Kammerkreisen auf Salandra gedeutet. Besonders Eindruck machte es, als Mussolini mit Energie betonte, daß er Mittel und Wege zur Verfügung habe, um der Opposition ein Ende zu machen, und daß in 48 Stunden die Lage, sei es im guten, sei es mit Gewalt, gelöst werden würde.

Wolffianer, Orlandianer und Kriegsteilnehmer brachten eine Tagesordnung ein, welche die Gewalttätigkeiten gegen die Freie und die Ungeheuerlichkeiten im Lande tadelt, aber sie konnte nicht erörtert werden weil Mussolini ihre Vertagung auf sechs Monate beantragte, was seine Mehrheit sofort annahm. Alsdann wurde die Vertagung der Kammer auf unbestimmte Zeit von derselben Mehrheit angenommen und die Sitzung aufgehoben, sobald die Opposition nicht einmal zu Worte kommen konnte.

### England und die Räumungsfrage.

**Bedeutung der „Times“.**  
Die scharfen deutschen Proteste gegen die verstragsbrüchige Politik Englands in der Räumungsfrage haben doch auch in England einige Bedenken erregt. So heißt es in einem Artikel der „Times“:

„Es ist keineswegs sicher, daß die Note an Deutschland so gefaßt sein wird, daß sie zugleich eine vollständige und überzeugende Aufklärung für den Ausschub der Räumung werden wird, die die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern, in Deutschland und in der übrigen Welt verlangt. Der Ausschub der Räumung der Kölner Zone und der Zusammenhang dieser Angelegenheit mit Verletzungen Deutschlands gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages sind weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands jedem Menschen zum klaren Bewußtsein gebracht worden. In den alliierten Ländern ist eine starke und natürliche Neigung vorhanden, anzunehmen, daß die Militärkontrollkommission Beweise dafür gefunden haben muß, daß Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages nicht getreulich ausgeführt habe und daß starke Einflüsse in Deutschland am Werke sind, um durch alle möglichen geschäftlichen Mittel und Wege eine militärische Angriffsmacht zu erhalten.“

Aber wenn die alliierten Regierungen offizielle und entscheidende Aktionen unternehmen, wie diese die des Ausschubs der Räumung der Kölner Zone über den Termin des Friedensvertrages hinaus, ist es ihre Pflicht, für eine derartige Aktion die begründete Zustimmung nicht nur in ihren eigenen Ländern, sondern auch in den Ländern, die den europäischen Wirren fern liegen, zu sichern. Auch die deutsche öffentliche Meinung, die keineswegs durchweg kriegerisch ist, muß in vollem Umfang informiert werden. Es ist unsinnig, daß eine Debatte von einer so erheblichen Bedeutung für den Frieden und die Sicherheit Europas durchgeföhrt werden sollte, unter Verzichtnahme auf den angelegentlichen Inhalt eines Geheimdokuments.

### Deutsches Reich.

— Berlin, den 5. Januar 1925.

Kein internationaler Stahlstreik. Wie aus Duisburg gemeldet wird, erklärte in der Vollversammlung der Niederrheinischen Handelskammer der Präsident, Generaldirektor Dr. Ing. Reusch zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich:

„Mit Wissen der Regierung sei versucht worden, in privaten Verhandlungen die wichtigsten Fragen der Einfuhr von Eisen und Stahl aus Frankreich zu lösen, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Die Schaffung eines internationalen Stahlstreiks, die im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen in der Öffentlichkeit behauptet wurde, ist ganz ausgeschlossen. Möglicherweise wird die Wiederherstellung von Vereinbarungen, wie sie vor dem Krieg bestanden haben, und die sich lediglich auf Schienen- und Formeisen beschränken, die von den Franzosen gewünschte Ausdehnung der vollreifen Einfuhr eisenschmelzender Erzeugnisse, wie sie bisher auf Grund des Friedensvertrages bestand, dürfte unter keinen Umständen zugegeben werden.“

Die Vollversammlung richtete an die Reichsregierung eine einstimmig gefasste Entschliessung, in der sie ihr tiefstes Bedauern darüber ausdrückt, daß die fristgemäße Räumung der ersten Zone bedroht erscheint.

Die Bremer Bürgerkomitee wählte in ihrer Eröffnungsitzung den bisherigen Präsidenten Dunkel (Dem.) wieder. Dieser Wahl stimmten auch die Sozialdemokraten zu. Zum Vizepräsidenten wurde der Sozialdemokrat Klenke gewählt. Die einzelnen Parteien

Bei W. Bindel **Noch nie dagewesener billiger Inventur-Ausverkauf** vom 2. bis 17. Januar 1925

Paletots	von 16.50 bis zu 45.00 M. u. darüber	Anzüge	in all. Farben u. Form. v. 20 M. an bis zu den feinst. Qualitäten (Ersatz f. Mass)
Joppen	schwere Qualitäten von 10.00 M. an	Sportpelze	von 75 M. an sehr heruntergesetzt
Hosen	in riesiger Auswahl zu ganz billigen Preisen	Gummimäntel	gesetz

Große Ermäßigung bis 50% auf vielen Artikeln  
W. Bindel, Berlin N. 20, Invalidenstrasse 20  
1 Minute vom Stettiner Bahnhof, am Postamt.